

Erste Untersuchung zur Lage des Landkreises Sinsheim nach dem Krieg

Denkschrift 1951 aus den Erfahrungen des ersten Amtsjahrs von Landrat Dr. Herrmann

(Eine bisher un veröffentlichte Bestandaufnahme)

Die wirtschaftliche Entwicklung des Landkreises Sinsheim verlief viel ungünstiger als die anderer Kreise des Landes. Was immer die Ursachen dafür in der entfernteren Vergangenheit gewesen sein mögen, es ist unzweifelhaft, dass die Konzentration alles industriellen und gewerblichen Lebens in den wenigen Großstädten der nordbadischen Rheinebene einen Zustand wirtschaftlicher Leere im Landkreis Sinsheim und in dem sogenannten Badischen „Hinterland“ zur Folge hatte. Die grosse Chance gewerblicher Verlagerung und Durchdringung unentwickelter Gebiete im Zusammenhang mit den weitläufigen Planungen der Vorkriegsrüstung und des Krieges selber ging an dem Landkreis vorbei. Das Gebiet sank in seiner wirtschaftlichen Bedeutung noch weiter durch eine starke Vernachlässigung des Strassennetzes zugunsten der grossen, die Zentren verbindenden Autobahnen und Durchgangsstrassen. Während in Württemberg trotz ungünstiger Verkehrs- und Transportmöglichkeiten in vielen Teilen des Landes sich kleingewerbliche Mittelpunkte neu herausbildeten und selbst noch während der Kriegszeit erst heranwuchsen, blieb diesem Kreis die entscheidende Wendung zur gewerblichen Durchdringung auch jetzt versagt.

Der Krieg hatte den Kreis in einem so hohen Masse zur Zufluchtsstätte der Großstadtevakuierten gemacht, dass den Gemeinden zunächst nichts an Raum verblieb, den sie den zahlreichen Obdach und dauernde Bleibe suchenden Betrieben und ihren Angehörigen hätten anbieten können. Die beispielhafte Entwicklung von Gemeinden in den Landkreisen Heidenheim und Aalen gerade in den letzten Jahren ist nicht zuletzt der klug überdachten Aufnahme von verlagerten Betrieben zuzuschreiben. Dort waren die Möglichkeiten dazu vorhanden. Hier waren sie durch die geflüchteten Großmassen verbaut.

Von den rd. 15.000 Evakuierten sind 6.312 geblieben. Eine grosse Anzahl davon ist inzwischen hier arbeitsunfähig geworden und hat keine Kraft und Initiative mehr, zurückzuwandern. Sie verbleiben als ein soziales Relikt des Krieges einem Kreis, der finanziell gesehen in gar keiner Weise die Voraussetzungen hat, um so aussergewöhnliche Kosten zu tragen.

Die erste Zusammenstellung der Volkszählungsergebnisse 1950 lässt weiterhin erkennen, dass insbesondere die männlichen Personen abwandern. Der Kreis hat rd. 1.162 Frauen zu 1.000 Männern gegenüber Mannheim mit nur 1.113. In einer grossen Zahl von Fällen hat das aus existentiellen Gründen erfolgende Zurückwandern des Mannes in die Großstadt die innere Auflösung der Familie zur Folge und damit Hilfsbedürftigkeit von Frauen und Kindern, die auf dem Lande zurückbleiben. Ganz besonders drückend aber erscheint die Tatsache, dass in den hinter uns liegenden Jahren regelmässige Angehörige gehobener Berufe und Facharbeiter

den Weg zurückgefunden haben, während die Hilfsarbeiter und da besonders die Kinderreichen dazu verdammt sind, auf dem Lande zu verbleiben. Die bisher eingeleiteten Aktionen zur Rückverpflanzung haben gerade diesen Personenkreis gar nicht oder nur wenig erfasst. Die Wohndichte ist demgemäss für einen nicht industrialisierten Kreis mit 112 ausserordentlich hoch und liegt weit über der vergleichbarer Kreise Württembergs.

1946 kamen die Flüchtlinge in bereits überfüllte Orte. Wenn wir annehmen, dass die Rückwanderung etwa 5 % der Bevölkerung betrug (3 % Gesamtabnahme plus natürliche Vermehrung) wird es klar, dass damit so gut wie keine merkliche Auflockerung möglich war, sondern nur eine Beseitigung von Wohnungsaustränden, wie sie selbst in den Großstädten heute nicht mehr anzutreffen sind. Es ist deswegen auch gar nicht einzusehen, warum die geringprozentige Abnahme der Bevölkerung nach der Volkszählung 1950 eine Änderung des Verteilungsschlüssels der Wohnungsbaudarlehen, wie sie von den grossen Städten gefordert wird, zur Folge haben sollte. Was wir in Sinsheim haben, ist kein Mangel nur an ausreichendem Wohnraum, sondern Wohnungselend in ungleich mehr Fällen, als in vergleichbaren Städten. Rund 4.000 wohnungssuchende Familien mit ca. 12.000 Personen weist erfahrungsgemäss kaum eine der zerstörten vergleichbaren Städte auf. Darunter beträgt die Zahl der absolut menschenunwürdigen und seuchenfördernden Elendsquartiere 454 Räume mit 1.045 Personen und wurde unverständlicherweise durch die Zuweisung von DPs [displaced persons] vergrössert.

Während der Bundesdurchschnitt je Person 12 qm Wohnfläche zeigt und in den übrigen badischen Kreisen sich der Durchschnitt zwischen 7 und 10 qm bewegt, beträgt er im Landkreis Sinsheim ganze 5,6 qm je Person.

Der Charakter eines augessprochenen Elendsgebietes wird verstärkt durch die Arbeitslosigkeit. Sie hat keinen saisonalen oder konjunkturellen Charakter, sondern ist überwiegend eine Folge der schematischen Verteilung der Vertriebenen 1946. Das zeigt sich deutlich heute. Während in dem angrenzenden Gebiet Württembergs die Arbeitskräfte mit dem guten Gang der dortigen Industrie nicht ausreichen, hat sich von der gegenwärtigen Konjunktur hier so gut wie nichts bemerkbar gemacht. Im Gegenteil nahm schon im November, als die Aussenarbeiten noch in vollem Gange waren, die Arbeitslosigkeit zu. 1.928 Personen, das sind 10 % der Gesamtbeschäftigten, waren im November arbeitslos gemeldet, gegenüber 1.400 Arbeitslosen in den vier schwäbischen Kreisen mit ähnlicher landwirtschaftlicher Grundstruktur, Schwäbisch Hall, Crailsheim, Künzelsau und Öhringen zusammen. Heute sind es schon weit mehr als 2.000. Diese Zahl wird bei vorsichtiger Beurteilung zwischen Januar und März an 4.000 herankommen. Der Anteil der Neubürger an der Gesamtzahl der Arbeitslosen beträgt rund 60 % und liegt damit weit über dem Landesdurchschnitt. Ein echter überörtlicher Ausgleich der Arbeitskräfte scheitert an dem notwendigen Nachzug der Familien. Nirgends sind neben den Arbeitsplätzen auch Wohnungen vorhanden. Die Zusammenstellung von Holzhauergruppen zu Arbeiten ausserhalb des Kreises bringt auf die Dauer gesehen keine Erleichterung. Eine weitere Vergrösserung der Zahl der Pendler nach Württemberg begegnet Schwierigkeiten, die einmal in dem beabsichtigten erhöhten Preis der Arbeiterwochenkarten liegen, zum anderen in den völlig unterentwickelten Verkehrslinien über die frühere Grenze zwischen den beiden Landesteilen (Strassen- und Bahnstrecken!).

Entsprechend der geringen Anzahl von gewerblichen Betrieben im Verhältnis zur Bevölkerungszahl besteht eine ungeheure Berufsnot unter den Jugendlichen. Lehrstellen reichen bei weitem nicht aus und die grosse Masse der Kinder von Vertriebenen ist gezwungen, ohne Rücksicht auf Begabung und manuelle Fähigkei-

ten als Hilfsarbeiter tätig zu werden. Der Anteil der Jugendlichen unter den Arbeitslosen ist verhältnismässig gross.

Dass diese berufliche Ausweglosigkeit für die Jugend auch Gefahren moralischer und vor allem auch politischer Natur mit sich bringt, sei nur am Rande erwähnt. Nicht einmal die Schule, welche gerade auf diese Jugend noch einen Einfluss haben sollte, die Gewerbeschule, hat Mittel, Räume und Lehrkräfte, um der Entwicklung eines Berufsproletariats zu begegnen. Für rund 700 Schüler der Gewerbeschule Sinsheim stehen ganze drei Räume zur Verfügung. Es kann deswegen die an sich vorgegeschriebene Stundenzahl für die Berufsschüler ebensowenig erreicht werden, wie es möglich ist, die Berufe so voneinander zu trennen, dass ein erspriessliches Arbeiten gewährleistet ist.

Die Verkehrsnot im Kreise ist mit eine der Ursachen für das Zurückbleiben des Kreises gegenüber anderen Landesgebieten. Von 53 Gemeinden sind 32 an das Eisenbahnnetz angeschlossen, 20 davon aber auf Nebenstrecken. Es fehlt seit 1945 noch immer die Verbindung über den Neckar bei Bad Wimpfen. Obwohl die besondere Bedeutung dieser Verbindung sowohl durch den Kreis wie die Landesdirektion oft herausgestellt worden ist, wurden die für Wiederaufbauten bereitgestellten Mittel für z.T. wesentlich bedeutungslosere Objekte im Lande verwandt. Heute, wo endlich die Mittel bereitstehen, ist kaum abzusehen, wann die benötigten Stahlmengen geliefert werden können.

Eine Autobahn berührt den Kreis nicht. Umsomehr müsste man annehmen, dass der Ausbau der Nordsüd- und Ostwestverbindung gefördert worden wäre. Tatsächlich unterblieb vor allem der Ausbau der Ostwest-Verbindung, weil man seit 1938 mit der Verwirklichung des Autobahnprojektes Heilbronn-Sinsheim-Heidelberg rechnete. Die Ortsdurchfahrten sind z.T. derartig unglücklich, dass sie geradezu verkehrsinhibierend wirken. Eine Umgehungsstrasse erfolgte bisher in keinem Falle (bei Helmstadt ist erst angefangen). An Strassenbauarbeiten, Verbreiterungen und Begradigungen wurde in dem Kreisgebiet in der Vergangenheit keineswegs in dem notwendigen und in anderen Landesteilen üblichen Ausmass gearbeitet mit dem Erfolg, dass sowohl Bundes- wie Land- und Kreisstrassen unzureichend ausgebaut sind.

7 Gemeinden haben überhaupt keine Verkehrsanbindung (weder Bahn noch Omnibus). Der Omnibusverkehr ist unzureichend und leidet vor allem unter den unzulänglich ausgebauten und mangelhaft unterhaltenen Strassen.

Ein bedeutender Wassermangel besteht nicht. Dagegen sind 14 Gemeinden ohne eine zentrale Wasserversorgungsanlage. Bei der Bevölkerungszunahme und vor allem dem Einströmen von nicht-landwirtschaftlichen Existenzen auch in die kleinen rein bäuerlichen Orte ist dieser Zustand unerträglich und bringt dauernde Seuchengefahr mit sich.

Nicht weniger schwierig sind die Probleme der Entwässerung und vor allem der Abwasserbeseitigung. Der schwer durchlässige Lehm- und Keuperboden macht ein gutes System der Wassersammlung und -ableitung notwendig. Sowohl der ungewöhnliche Bevölkerungszuwachs wie die natürliche Steigerung des Wasserverbrauchs in Verfolg der Verbreitung neuzeitlicher Hygiene auf dem Lande erfordern neue Abflussanlagen, wenn man eine Versumpfung vermeiden will.

Die Feldbereinigung ist als eine Notwendigkeit von der breiten Masse der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung anerkannt und in einer Anzahl von Gemeinden schon durchgeführt. In anderen Gemeinden, und gerade in sehr klein parzellierten, scheitert die Bereinigung an der Armut der kleinbäuerlichen Bevölkerung. Dort, wo die Feldbereinigung tätig ist, bringt sie für mindestens ein Jahr eine fühlbare Entlastung auf dem Arbeitsmarkt.

Besonderer Erwähnung wert scheint der durchschnittliche Gebäudezustand in den ländlichen Gemeinden. In grosser Zahl mussten in den letzten Jahren Auflagen erfolgen, um die Wohnbarkeit überhaupt noch zu gewährleisten. Teilweise war es auch nötig, Gebäude wegen Einsturzgefahr räumen zu lassen. Die Ursachen sind vielfältig, vor allem ist es die Schwierigkeit der Unterhaltung während des Krieges.

Auch der bauliche Zustand der landwirtschaftlichen Gebäude, vor allem der Stallgebäude, gibt zu Besorgnissen Anlass und lässt vor allem die gute Bekämpfung der Rindertuberkulose nicht zu. Auflagen zur Beseitigung regelwidriger oder gar gefährlicher Zustände können aus Mangel an Mitteln oft nicht erfüllt werden. Die Folge ist Verlust an Wohn- und Wirtschaftsräumen oder weitere Verschlechterung des baulichen Zustandes.

Was nun die bestehenden gewerblichen Betriebe anlangt, so muss anerkennend gewürdigt werden, dass die Inhaber alles getan haben, um mehr Menschen in Arbeit und Brot zu bringen. Dagegen leiden die neu zugesiedelten Betriebe an einem chronischem Kapitalmangel, der ihre Entwicklung hemmt. So konnten erst neuerdings eine Reihe von Betrieben erteilte Auslandsaufträge nicht hereinnehmen, weil ihnen die Beschaffung von Rohware und Maschinen ohne Kredite *[fehlende Sicherheiten]* nicht möglich war.

In welcher Situation befinden sich Kreis und Gemeinden diesen Problemen gegenüber? Die ganze Last der Übervölkerung wird in den Gemeinden spürbar. Im wesentlichen auf die Einnahmen der Grundsteuer angewiesen, haben sie eine Fülle an neuen Aufgaben zugemessen bekommen. Mehr Lehrer, mehr Schulräume, mehr Einrichtung, mehr Abnutzung, mehr Personal auf dem Rathaus, mehr Strassen und Wege, mehr Krankenzimmer, mehr Fürsorge, mehr Kreisumlage – auf allen Gebieten gemeindlicher Tätigkeit ein Mehr, dem die völlige Vernichtung aller Rücklagen und alles Geldvermögens und die jahrelange Vernachlässigung des Grundvermögens gegenübersteht. Unsere landwirtschaftlichen Gemeinden sind einfach nicht in der Lage, mit den Problemen, die ihnen der Bevölkerungszuwachs gebracht hat, allein fertig zu werden. In den hinter uns liegenden zwei Jahren nach der Währung haben viele von ihnen um dieser Vertriebenenprobleme willen eine Schuldenlast auf sich genommen, die kaum mehr vergrössert werden kann. Es besteht die Gefahr, dass sich die Gemeinden so verschulden, dass sie in der Zukunft, finanziell gesehen, völlig aktionsunfähig werden. Eine solche Entwicklung muss gesehen und verhindert werden. [...]

Der weitaus grösste Teil der Kreisverbandsumlage besteht aus Grundsteuereinnahmen der Gemeinden. Keine Gemeinde mit grösseren Gewerbesteuerereinnahmen kann etwa als Hauptträger der Umlage angesehen werden. Der Höhe der möglichen Umlage sind deswegen in besonderem Maße Grenzen gesetzt.

[Allgemein und detailliert folgen mit grossem Engagement präzise zeitgerechte Vorschläge, die Unzugänglichkeiten systematisch zu beheben, soweit sie in die Zuständigkeit des Kreises fielen. Als Anhang der Arbeit finden sich Verzeichnisse der freien gewerblichen Räume im Landkreis Sinsheim mit genauen Angaben zu Orten, Eigentümern, Zahl der Räume, Nutzflächen, frühere Benutzung, Verwendungsmöglichkeiten – und der für 1950 geplanten, noch nicht durchgeführten Notstandsarbeiten.

Den Landkreis Sinsheim gibt es nicht mehr. Den Weg der Kreisreform und die bis dahin geleistete Wandlung des Kreises Sinsheim beschrieb Dr. Herrmann in Kraichgau 4 (1974/75).